V-29

Die documenta als Weltkunstausstellung hat eine Chance auf Zukunft - mit verantwortungsvoller Aufarbeitung der d15, Entgegnung von Antisemitismus und überarbeiteten Strukturen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in:	Marianne Knipping (KV Kassel-Stadt)
Tagesordnungspunkt:	Verschiedenes (nicht gerankt)

Antragstext

Bereits vor dem Ende der documenta 15 zeichnete sich ab, dass die Welt-Kunstausstellung trotz der katastrophalen und nicht zu akzeptierenden Verwendung antisemitischer Stereotypen und eindeutig antisemitischer Bildsprache in einigen Bildwerken, dem ☒ Total-Versagen der auf städtischer Seite beruflich Verantwortlichen und der selbst verschuldeten und „verdienten“ weltweiten Negativ-Presse wahrscheinlich kein finanzielles Defizit ausweisen muss.

Das zeigt, dass das Fundament der documenta stabil genug ist, diese Krise zu überstehen.

Bündnis 90/Die Grünen lehnen auch deshalb jede Verlagerung der documenta in andere Städte ab. Sie distanzieren sich ausdrücklich von den Forderungen, die laufende Ausstellung sofort zu schließen und Kassel als zukünftigen documenta-Ort auszuschließen.

Es ist jedoch zu befürchten, dass das wirtschaftliche Ergebnis hocherfreut gefeiert wird, um anschließend zur Tagesordnung überzugehen. Und das, ohne der notwendigen Aufarbeitung des Skandals, seiner Geschichte, seiner Voraussetzungen, seiner unfassbar gescheiterten Bearbeitung, sowie notwendiger zukünftiger Entscheidungen für Struktur, Organisation und Kontrolle, Raum und Zeit zu geben. Wie konnte es zu der - offensichtlich unbemerkten - Präsentation der antisemitischen Kunstwerke kommen? Wer trägt die Verantwortung für den nicht zu akzeptierenden Umgang mit dem Skandal?

Die Entscheidung, die künstlerische Leitung in die Hände des Kuratorenteams Ruangrupa zu legen und damit ein Konzept zu präsentieren, das sich auf eine überwiegend kollektive Arbeitsweise von Künstler*innen-Gruppen stützt und beruft, die in ihren Arbeiten die Informationen und politischen Auseinandersetzungen in den Vordergrund ihrer künstlerischen Arbeit und ihren kulturellen Projekten stellen, war mutig.

Die Idee des Konzeptes war es, mit den ausgestellten Kunstwerken, Dokumentationen und Projektberichten die Besucher*innen der d 15 mit u.a. Unterdrückung, Ungerechtigkeiten und ökologischen Bedrohungen in den jeweiligen Ländern zu konfrontieren. Das große Interesse der Besucher*innen an diesem Konzept zeigt, dass es an der Zeit war/ist diese gesellschaftlich dringenden Fragen auch in der Kunst zu stellen und zu bearbeiten.
Dem gegenüber stehen Teile des Stamm-Publikums, die -zu Recht- durch den sichtbaren Antisemitismus verletzt sind und diese documenta boykottieren sowie eine ebenso empörte mediale Öffentlichkeit.

Bündnis 90/Die Grünen sehen eine inhaltliche Be- und Aufarbeitung nach der d15 für unabdingbar für den zukünftigen, weiteren Erfolg der Weltkunstausstellung in Kassel und für die Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland.
Sie werden den dazu notwendigen Diskussions- und Aufarbeitungsprozess über inhaltliche und organisatorische Fragen zur documenta z.B. in Anhörungen, Symposien, Gesprächsrunden, Ausstellungen aktiv in den zuständigen Gremien der Stadt Kassel und des Landes Hessen und in Kooperation mit anderen Aktiven wie z.B. der Heinrich-Böll-Stiftung initiieren und mitgestalten.

Folgende Eckpunkte, Fragen und Aufgaben sollen dabei gesetzt und für die Zukunft wegweisend sein:

- Das Beteiligungsmodell Stadt/Land/Bund soll über die finanzielle Beteiligung weiter ausgebaut werden und wieder eine gleichberechtigte Mitsprache z.B. im Aufsichtsrat angestrebt werden.
- Die Auswahl der Mitglieder der Findungskomissionen, die ihrerseits die Kurator*innen vorschlagen, sollte öffentlich vorgestellt und begründet werden.
- Das Gleiche sollte auch für die Vorschläge der Findungskommission gelten.
- Bei allen gründlich hinterfragten Entscheidungen, personell wie inhaltlich, sollte gemäß dem Grundkonsens der documenta, die „künstlerische Freiheit“ als hohes Gut gewährleistet bleiben.
- Den jeweiligen Kurator*innen kann/soll ein Beirat zur Seite gestellt werden, dessen Aufgaben und Kompetenzen zu jeder documenta vom Aufsichtsrat neu beschrieben werden.
- Veranstaltungen und Symposien sollen ausgerichtet werden z.B. durch die documenta GmbH in Kooperationen mit dem Doc-Institut, der Kunsthochschule, Parteien, der Heinrich-Böll-Stiftung und anderen gesellschaftlichen Akteuren.
(Stichworte hierzu:
Kunstfreiheit im Spannungsfeld von internationalen und nationalen Zeichenkanons/Grenzen der Kunstfreiheit; political correctness auf der documenta; Kunst/politische Kunst/politische Aktionskunst/Verantwortlichkeit in kollektiver Autorenschaft.
- Frühe documenta-Ausstellungen standen unter maßgeblicher Einflussnahme von ehemaligen Aktiven und an den Verbrechen des NS-Regimes aktiv beteiligten Mitgliedern der NSDAP wie z.B. Werner Haftmann, der u.a. für den Ausschluss von jüdischen Künstler*innen bei der documenta gesorgt hat. Dieser Vergangenheit muss sich endlich gestellt werden.
- Bündnis 90/Die Grünen schlagen hier vor, zwei Ausstellungs-Projekte im Museum Fridericianum in Kassel zusammenzubringen: die gemeinsam mit dem Documenta Archiv Kassel und dem Solinger Zentrum für verfolgte Künste erstellte Ausstellung und die

Aufarbeitung und Ausstellung des Deutschen Historischen Museums (Berlin) zur documenta.

weitere Antragsteller*innen

Rosa Maria Winheim (KV Wiesbaden); Ansgar Bovet (KV Landkreis Leipzig); Reinhold Weist (KV Kassel-Stadt); Wolfgang Nickel (KV Kassel-Stadt); Uwe Josuttis (KV Kassel-Stadt); Sabine Giesa (KV Kassel-Stadt); Iring von Buttlar (KV Kassel-Stadt); Helga Trüpel (KV Bremen-Mitte); Dorothee Richter (KV Berlin-Kreisfrei); Hermann Kuhn (KV Bremen-Mitte); Peter Henze (KV Diepholz); Robert Wöhler (KV Kassel-Stadt); Miro Zahra (KV NWM/Wismar); Tanja Zimmermann (KV NWM/Wismar); Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt); Reiner Daams (KV Solingen); Markus Wendt (KV NWM/Wismar); Sabine Herms (KV Kassel-Stadt); Joachim Larisch (KV Bremen-Mitte); sowie 37 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.